

Bezugspreis: Vierteljahr 3.30 M., monatlich 1.10 M. ...

VORWÄRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die schmalste Zeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 3. Februar 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Vermittlungsaktion des ADBB.

Es ist leicht, im Streit der Eisenbahner Partei zu ergreifen, schwerer, gerecht zu sein, am schwersten, den Weg zu einem guten Ende zu finden.

Die Regierung sagt: „Die Bewilligung der Forderungen kostet in ihrer allgemeinen Auswirkung 50 bis 60 Milliarden jährlich.“

Und weiter sagt die Regierung: „Der Beamte ist ein Diener am allgemeinen Wohl.“

Die sozialistischen Mitglieder der Regierung fügen hinzu, daß die organische Störung öffentlicher, dem ganzen Volk dienender Betriebe jede Möglichkeit sozialistischer Aufbaus verhindert.

Die streikenden Eisenbahnbeamten sagen dagegen: „Wir können von unseren Gehältern nicht menschenwürdig leben.“

Hört man unter den Arbeitern herum, so findet man die Meinungen geteilt. Ein Teil begreift den Unterschied zwischen Arbeitern und Beamten.

Der Streit der Eisenbahnbeamten ist eben ein Stück aus dem Chaos tropischer Konflikte, in das uns der Weltkrieg gestürzt hat.

Jeder, der es mit dem Volke und mit den Beamten selber gut meint, muß sich sofortigen Abbruch des Streikes raten.

Er bedroht die Arbeiterbewegung mit neuer Zersplitterung, er schädigt die Beamten selbst, die durch ihn in Gegensatz zu einem großen Teil der Bevölkerung gebracht werden.

Die Regierung aber kann den Streikenden diesen Schritt erleichtern, indem sie ihre Verordnungen, die in der Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen haben, zurücknimmt.

Geschieht das, so wird der Weg zu Verhandlungen frei, kann die Sozialdemokratische Partei wirksam dafür eintreten, daß keine Politik der Rache getrieben wird.

Es ist leichter, sich zum Mundstück augenblicklich populärer Stimmungen zu machen als durch das Aussprechen unbequemer Wahrheiten der Sache der Arbeiterbewegung ehrlich zu dienen.

Eine Vermittlungsaktion Leipzigs.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet: Der Vorabend des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach gestern abend 8 Uhr beim Reichspräsidenten Ebert vor.

Streikbeschluss des Berliner DEB.

Die Verammlung der Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes gestern abend beschloß, obgleich die Verbandsvorstände sich entschieden gegen einen Streikbeschluss wandten.

Verschärfung der Lage.

Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird uns geschrieben: Die gestern morgen in Berlin und im Reich erfolgte fast vollständige Stilllegung des Eisenbahnverkehrs dürfte über raschend gekommen sein.

Leitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes befindet sich in Verhandlungen mit der Eisenbahndirektion, um ein Zurückziehen der Schupo von den Dienststellen zu erreichen.

Protest gegen die Ausnahmeverordnung.

Gegen die unterm 1. Februar vom Reichspräsidenten erlassene Verordnung betr. Verbot der Arbeitsniederlegung von Beamten der Reichsbahn erheben wir hiermit schärfsten Protest.

Gleichfalls verlangen wir die Beseitigung der Ausföhrungsverordnung des Berliner Polizeipräsidenten, die in ihrer Auswirkung jeden gewerkschaftlichen Kampf unterbindet.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet weiter: Mit der durch den Streit der Lokomotivführer geschaffenen Lage beschäftigte sich gestern nachmittags eine Sitzung von Vertretern der dem ADBB und der Ufa angeschlossenen Verbände.

So einmütig die Vertreter der Organisationen in der Beurteilung der Abwehrmaßnahmen der Regierung waren, ebenso übereinstimmend hielten sie die Sonderaktion der Reichsgewerkschaft für falsch.

Reichsgewerkschaft und Notstandsbedriebe.

Wie BS. von zuständiger Seite hört, besteht jetzt in maßgebenden Kreisen der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und auch im Aktionsausschuß der Wunsch, eine Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, besonders aber mit Milch, durch die Streikenden selbst einzurichten.

Kabinettskrise in Italien.

Rom, 2. Februar. (W.B.) Die Regierung hat in der Kammer ihren Rücktritt mitgeteilt.

Die Demission Bonomis ist auf einen regierungsfeindlichen Beschluß der etwa 150 Mann zählenden demokratischen Gruppe zurückzuführen. Die Regierungsmehrheit war in letzter Zeit immer mehr zusammengeschrumpft und stand nur noch die katholische Volkspartei auf ihrer Seite. Eine stabile und dauerhafte Regierungskonstellation dürfte in Italien in nächster Zeit infolge der eigentümlichen Zusammenlegung auch der neuen Deputiertenkammer kaum denkbar sein; es sei denn, daß die Sozialisten endlich ihre Abstinenzpolitik aufgeben. Bekanntlich fehlt es nicht an Stimmen in der italienischen Arbeiterbewegung, die für die Koalitionspolitik eintreten, so der rechte Flügel der sozialistischen Partei unter Führung von Turati und Treves sowie die Mehrheit des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes unter d'Aragona.

Bemerkenswert ist ein Aufsatz von Treves in der jüngsten Nummer der Mailänder Sozialistischen Wochenschrift, „Critica Sociale“, in dem sich der Verfasser für die Bildung einer Koalition zwischen Sozialisten und katholischer Volkspartei ausspricht. Treves setzt darin auseinander, daß es ein Verbrechen sei, zu behaupten, die Bourgeoisie bilde einen einheitlichen Block. Nicht die ganze Bourgeoisie stehe heute auf Seiten der Faschisten, die „Popolari“ (katholische Volkspartei), die im Grunde genommen eine proletarische Partei seien, litten unter dem Faschismus fast ebenso sehr wie die Sozialisten; nicht die ganze Bourgeoisie sei mit der gegenwärtigen unheilvollen Finanz- und Wirtschaftspolitik einverstanden.

„Nicht die ganze Bourgeoisie“, fährt Treves fort, „billigt heutzutage eine Auslandspolitik des Servilismus gegenüber den Siegern von Versailles, sie erwartet vielmehr jene Geste, die uns von dieser Sklaverei befreit; sie befürchtet, daß es schließlich zu einem Kriege kommen könnte infolge der Schwierigkeiten der Durchführung seines unerfüllbaren Friedensvertrages, der uns ebendrin nicht einmal den Besitz von Rohstoffen sichert und der uns zu Knechten aller Monopolstaaten gemacht hat.“

Aus allen diesen Gründen zieht Genosse Treves die Schlussfolgerung der Notwendigkeit eines Zusammenwirkens zwischen den Sozialisten, den „Popolari“ und mit denselben demokratischen Gruppen, die sich nicht mit den Faschisten kompromittieren haben. Damit ist zweifellos vor allem die Gruppe der Rittianer gemeint.

Der Arbeitsplan des englischen Parlaments.

London, 2. Februar. (W.B.) Das Kabinett trat heute nachmittags unter dem Vorsitz Lloyd Georges zusammen, um über das Programm der nächsten Parlamentstagung zu beraten, das drei Hauptfragen umfassen soll: die irische Gesetzgebung, die Sparmaßnahmen und die Reform des Oberhauses. Drei Hauptänderungsanträge werden für die Debatte über die Adresse, angehängt: 1. ein Antrag der unabhängigen Liberalen über den Freihandel, ein zweiter der unabhängigen Liberalen über die Sparmaßnahmen und 3. einer der Arbeiterpartei über die Erwerbslosigkeit.

Moskau, Valata. Ein Rundbeschlusses an alle Staatsfassen besagt: Im Februar wird der Kurs des Vorkriegsrublers mit 150.000 Sowjetrubel festgesetzt.

Zur Flucht des Leutnants Dittmar teilt der Preussische Pressedienst mit, daß der Vorsteher des Gefängnisses in Rammberg von seinen Dienstgeschäften enthoben und durch einen anderen Beamten ersetzt worden ist.

Rohbach macht alles! So beteuert ein Inserat der „Täglichen Rundschau“ vom 2. Februar. In der Tat: Der ehemalige Freikorpsführer und Meuterei hat sich jetzt mit seiner Gefolgschaft in ein Detektivbüro verwanbelt. Er preist sich an für Auskünfte „besonders auch auf politischem Gebiet.“ Zu deutsch also eine Spigelorganisation.

Reise nach Dresden.

Von unserem ins Innere Sachsens vorgedrungenen Mitarbeiter Arthur Zidler.

I.

Bis Eisterwerda möchte es schleichen. War man doch, gemissermaßen, noch auf zivilisiertem Boden. Dann aber wurde es bedenklich. Ein Mann mit fälschlichen Gesichtszügen stieg ein. Meine Besichtigung bestätigte sich. Seine ersten Worte waren: „So ä Gewürche!“ Unter dem Arm hielt er ein in schwarze Glassteinwand gehülltes Glas. Ein Speisewagenkellner riß die Tür auf: „Kaffee gefällig?“ Darauf der Eingeborene: „Ist's Sie?“ Und, nachdem beruhigende Erklärungen in dieser Richtung abgegeben waren, jovial: „Dann bringe mir an Kiewel!“ Worauf der Kellner den Kiewel brachte, der Sachse trank, und alle hörten, wie es ihm schmeckte.

Wenn ein Sachse in einem Abteil dritter Klasse sitzt und einen Kiewel Kaffee getrunken hat, erzählt er tollischer seine Lebensgeschichte. „Meine Mutter hatte noch mit Wärschten gehandelt — ichne — und ich machte Musik! Tja! Fliechelhorn! Bachense nich, das klingt sehr schön...“

Uns packte eine dunkle Vorahnung. Sie sollte fürchterliche Gewissheit werden. Mit der nothen Fröhlichkeit eines von der Kultur unbedenkten Naturkinde sagte der Sachse männlicher Gattung: „Ich war eemal ä Scheene Schtichen schbieren!“

Er hat geschwiebt bis Dresden — Hauptbahnhof. Zuerst: „Böhüt Dich Gott, es war so schön gewesen“, als Zweites: „Das Elterngrab“. Zu guter Letzt: „Du hast Diamanten und Perlen...“

Kleine Anfrage: Was bedeutet die Eisenbahnverwaltung zu tun? ... Doch es wird nichts helfen. Seit die Sachsen ihren Dreck alleine machen, sind sie ein weitgeschichtlich hoffnungsloser Fall.

II.

Sitzung einer Strafkammer am Münchener Platz. Der Zuhörerraum prallt mit Sachsen gefüllt. Auf der Anklagebank ein schwer rüchliches Landestind. Einbruchsdiebstahl. Der Gerichtshof zieht sich zur Urteilsberatung zurück. Kommt wieder. Seht das Hüthen auf. „Im Namen des Volkes...“

Zwei Jahre Gefängnis. Der Angeklagte zuckt nicht mit der Wimper. Er ist ein Mann mit der Würde seines Standes und weiß, was sich gehört. Er sagt laut und schlicht: „Dankeschön!“ Das Publikum lacht. Der Staatsanwalt zuckt nervös auf: „Das ist eine Unverschämtheit. Ich beantrage, dem Angeklagten wegen Ungebühr vor Gericht drei Tage Haft zuzusprechen.“ So wird also beschloffen. Der Richter sagt laut und schlicht: „Dankeschön!“ Das Publikum quiescht vor Lachen. Der Vorsitzende, nunmehr wütend: „Wen dort hinten weiter gelacht wird, lasse ich den Zuhörerraum räumen.“ Für den Angeklagten beantragt der Staatsanwalt weitere

Petersen gegen die Volkspartei.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Senator Dr. Petersen, macht im „Hamburger Fremdenblatt“ u. a. folgende Ausführungen:

Der Reichstanzler hat seine Politik festzulegen und die Verhandlungen mit den für die Durchführung der Politik geeigneten Männern zwecks Bildung seines Kabinetts zu führen. Der Reichstag hat darüber zu entscheiden, ob man diesem Kabinett und seiner Politik das Vertrauen gewähren oder entziehen will.

Die demokratische Fraktion hat es daher abgelehnt, sich an Besprechungen der Parteien zu beteiligen, die über Befehung von Ministerposten abgehalten werden, hat auch die Stellung irgendeiner Forderung auf Befehung von Ministerposten abgelehnt.

Die Volkspartei erhob für ihre Zustimmung zu dem Kompromiß „sachliche und persönliche Garantien“. Die sachlichen Forderungen bedekten sich so gut wie völlig mit den gleichlautenden Wünschen der anderen Mittelparteien; sie gipfelten wie bei den Demokraten in besonderer Hervorhebung der Forderung, die Ergebnisse der Steuern und der Zwangsansätze dürften nicht zur Deckung von Unterschüssen der Reichsbetriebe verwandt werden. Ihre Vertreter haben während der Verhandlungen für diese Forderung, und nur für diese Forderung, nebenher noch persönliche Garantien verlangt. Das kann nur bedeuten, sie forderte Befehung der Ministerien, die für diese Forderung von Bedeutung sind, mit Männern ihres Vertrauens. Dafür kommen nur in Frage: das Post- und das Eisenbahnministerium, allenfalls das Finanz-, das Schatz- und das Wirtschaftsministerium. Die Befehung des auswärtigen Ministeriums nicht.

Hält der Reichstanzler, wie er es tut, die schleunige Befehung und Festlegung der auswärtigen Politik seines Kabinetts für geboten, so dürfte er wegen einer Partei nicht länger zögern, diesen ihm verfassungsmäßig allein zugewiesenen Schritt zu tun und dem Reichspräsidenten die Ernennung Rathenaus zum Minister des Auswärtigen vorzuschlagen.

Was jetzt geredet wird von der „Brüstlerung“ der Deutschen Volkspartei, von Sabotierung der großen Koalition, gehört zu den parteipolitischen Ermüdungen und Einstellungen, die die Rinderkrankheiten unseres unorganisch gemordenen Parlamentarismus dartun, beweisen ein falsches Augenmaß gegenüber der übertragenden Bedeutung, die die Entscheidung dieser Personenfrage in der jetzigen außenpolitischen Lage unseres Volkes hat. Auch hier muß festgehalten werden, daß hinter der Bedeutung der Außenpolitik alles zurücktreten muß, was die innere Politik, und zwar was die Parteipolitik betrifft.

Das scheint ein ziemlich klarer Scheidebrief. Hoffentlich ist er nicht das Vorspiel zu einer neuen Liebeserklärung.

Die Versicherungsgrenze der Angestellten.

Einige Zeitungen brachten die Mitteilung, dem Reichswirtschaftsrat liege zurzeit ein Gesetzentwurf des Reichsarbeitsministeriums zur Begutachtung vor, der die Grenze für die Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung auf 28.000 M. festsetze. Diese Mitteilung ist wegen anderweiter Festlegung der Verdienstgrenze nicht mehr richtig. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde schon im Juni 1921 fertiggestellt und sah damals die Begrenzung der Versicherungspflicht allerdings bei einem Jahresarbeitsverdienst von 28.000 M. vor. Inzwischen ist aber bereits ein Teil dieses Gesetzentwurfs, nämlich die Erhöhung der Versicherungsgrenze, durch ein Gesetz vom 23. Juli 1921 vorweg erledigt und die Versicherungspflicht auf 30.000 M. begrenzt worden. Insofern ist daher der gegenwärtig dem Reichswirtschaftsrat vorliegende Gesetzentwurf überholt.

Kommunistisches Faustrecht.

Die Zentrale der K.P.D. hat nach Meldung der „Freiheit“ am Donnerstag einen abermaligen Einbruch in die Geschäftsräume des Verlages A. Seehof & Co. unternommen. Eine zehntelstündige Wande, geführt von Kemmle und einem „Zurlestaner“,

drei Tage Haft. Der Angeklagte wird wieder verdonnert. Der wackere Mann aber sorgt sich nit und sagt wieder nur laut und schlicht: „Dankeschön!“ Die Zuhörer rasen vor Vergnügen. Der Richter: „Herr Beamte, räumen Sie die Tribüne!“ Ein donnerndes „Dankeschön!“ aus Duzenden von Reihen braust ihm entgegen.

III.

Mir war an einem Stiefel die Nacht aufgeplagt. Das ist peinlich und fällt selbst in Sachsen auf. Ich wollte also, es war früher Vormittag, die Potenhauerstraße hinunter, einen Laden zu suchen, wo einer das ebrame Handwerk Hans Sachsens ausübe. Hand auch einen. Der Mann hieß bezeichnenderweise G o m m i c h. Nachdem ich mich im düsteren Innern der Pothöhe eine Viertelstunde damit vergnügt hatte, die Gassenhauer des letzten Jahres durch die Zähne zu jagen, erschien ein Mann auf der Bildfläche, dessen Gesicht einen so unsagbar traurigen Eindruck machte, daß ich zuerst glaubte, der Mann habe seine Spargroschen bei Klante verloren. (Fünzig Prozent aller Sachsen haben bei Klante gesetzt — die andern fünfzig Prozent bei Köhn. So kommt es, wenn man keinen Keenig hat...)

Ich brachte mein Antlitz vor. Herr Gommich glühte eine Weile vor sich hin und sagte mit einer Stimme, zwei Meter unter Pegel: „Mei liever Mann! (Pause.) Mei liever Mann — so gerne wie ich möchte, aber 'ch habb keene Zeit. Meine Frau, die Emilische, die is gestern geschdorm. Iff eemal! Se sachde: Du, Offel, wie wärd mir denn uff eemal! Se lechde sich, ahmds haiffe noch so scheene Kaffee getrunken un ä großes Schilde Bäwe dorzu gegeben — am andern Morgen war'sche fast. Ich habb nu glet gebrüld, de Meierwerda kam glet gelooften un wir ham mit Wasser nach meiner Alten geschbricht, 's half aber nisch. Der Doggdr meente, es hätte uffde Blauze geläch. Mir ham glet an ihre Schwester delegriffed, nach Rudenhibde...“

Der Mann hat mir noch eine halbe Stunde von seiner Frau und deren Verwandtschaft auf- und absteigender Linie erzählt. Als ich es noch einmal fragte, wegen des geplagten Stiefels bei ihm anzutippen, unterbrach er sich gekränkt: „Se mißden doch wärglich begreifen, schunger Mann, daß ich unter den obwaldenden Umständen ganz ungar keene Zeit habb...“

Das Schwedische Ballett im „Großen Schauspielhaus“. Die Schweden, die uns in der letzten Zeit vor allem durch die menschenfreundlichen Bestrebungen ihrer Hilfstätigkeit bekannt wurden, besuchen jetzt als Künstler Berlin. Sie seien willkommen, schon weil sie es bitter ernst mit ihrer Kunst und ihrem Tanz nehmen, mit ihrem Wunsche, Volkstanz und Nachdenklichkeit im choreographischen Bild festzuhalten. Ganz anderes sind wir gewohnt, und wer die Russen gesehen hat, wird kaum glauben, daß die Schwedische Tanzkunst auf demselben künstlerischen Boden unter temperamentvollem Antrieb gedeiht. Zunächst scheiden die individuellen Typen ganz aus, die Mitglieder des Balletts sind auf ganz gleiche Rhythmen, Bewegungen, Zusammenstellungen hin einstudiert. Das Bildhafte der

Drach mit Einbrechwerkzeug die im 1. Stockwerk über der Buchhandlung gelegenen Arbeitsräume des Verlages, auf. Als Laub, der der Mieter der Räumlichkeiten und Eigentümer des Verlages ist, bald darauf erschien, wurde er von den Eindringlingen auf das Schwerste mißhandelt.

Durch eine einstweilige gerichtliche Verfügung sind Laub die Besitzrechte an dem Verlag inzwischen zugesprochen worden.

Die Verleumdung der Schutzpolizei.

Protestkundgebung der Polizeibeamten Preußens.

B.S. Der Verband der Polizeibeamten Preußens hatte am gestrigen Mittwochabend eine Protestkundgebung gegen die im „Tag“ aufgestellten Behauptungen über die „Unzuverlässigkeit“ der Schutzpolizei einberufen. Der Verbandsvorsitzende Schröder teilte der Versammlung zunächst den Inhalt des in einem Berliner Blatt erschienenen Artikels „Der Schupo-Skandal“ mit. Die darin erhobenen Vorwürfe gegen die Schutzpolizei wurden von den Versammlungsteilnehmern mit lebhaftem Widerspruch aufgenommen. Der Referent widerlegte die in dem Artikel erhobenen Vorwürfe und betonte gegenüber der Behauptung, die Schutzpolizei sei größtenteils in der U.S.R. und K.P.D. organisiert, daß die parteipolitische Ueberzeugung Privatsache des einzelnen Beamten sei, daß aber im Dienst und in der Berufsorganisation alle Parteipolitik ausscheiden müsse. Jeder Polizeibeamte müsse wissen, daß er die vom Volk geschaffene Verfassung des letzten Endes mit seinem Leben verteidigen müsse. Zur Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Offizieren und Wachtmeistern und zur Aufrechterhaltung der notwendigen Disziplin sei es notwendig, daß die Vorgesetzten mit gutem Beispiel vorangingen. Wer nicht die nötige Ueberzeugungstreue ausbringen könne, müsse aus dem Polizeidienst ausscheiden. Zur Frage des Berufsbeamtenentums erklärte der Redner, daß sein Verband die lebenslängliche Anstellung der Schutzpolizeibeamten anstrebe. Bei der augenblicklichen Zusammenlegung und Organisation der Schupo werde dies aber nicht möglich sein.

Nach lebhafter Aussprache wurde eine Entschlieung angenommen, in der das Bedauern darüber ausgedrückt wird, daß immer wieder die Unzuverlässigkeit der Schutzpolizei in Frage gestellt und dadurch die Desseffektivität beunruhigt würde. Die Polizeibeamten seien unter allen Umständen gewillt, den auf die Verfassung geleisteten Eid nicht nur formell zu halten, sondern auch gegebenenfalls die vom Volke geschaffene Verfassung mit dem Leben zu verteidigen.

Der Fürst und der Dichter.

Vor dem Gesetz und der Justiz sind bekanntlich alle Deutschen gleich. Beweis:

Der Schriftsteller Heinrich Wandt, der infolge einer Nummerverwechslung einem Fürsten Neuh Nordellbesuch in der Stappe nachgesetzt hatte (es war ein Fürst des gleichen Geschlechts mit anderer Hausnummer gewesen), wurde von der Berliner Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Schriftleiter des Niederrhein Anzeigers, Reaktor Klaus Ed., der den in Niederlöhndorf gelanderten Dichter Ernst Zoller einen „rotgefärbten Samoschiner Judenbuben“ tituliert und behauptet hatte, er gehöre zu den „benedikt Erkranken“ der Kaiserrepublik, der schon vor dem Gericht erklärte, er könne einen Wahrheitsbeweis nicht antreten, wurde zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Fast die gleiche Beleidigung (im Falle Zoller eher schwerer als im Falle Neuh) gegen einen ehemaligen Fürsten — sechs Monate Gefängnis, gegen einen sozialistischen Dichter 300 M. Geldstrafe. Fazit: Vor dem Gesetz und der Justiz sind alle Deutschen gleich... .

Hergt kann nicht fliegen... Nach der Ermordung Erbergers hatte der Vorsitzende der deutschen Nationalen Partei, Herr Hergt, der „Germania“ mit Klage gedroht, weil diese die Hege der Deutschenationalen scharf gelanzet habe. Vorsichtigerweise reichte Herr Hergt die Klage erst ein, als die Frist hierzu verstrichen war, weshalb seine Klage vom Gericht kostenpflichtig zurückgewiesen wurde. — Auf Herrn Hergt trifft eben zu, was er bei Amerikanern zu Unrecht vermutete: er kann nicht fliegen und kann daher nicht kommen!

Gruppen sesselt im Kostüm, in pantomimischer Ruhe, in tragisch pathetischem Händewurf. Oft meint man ein altes Bild zu sehen. Die Ruhe, das Zurückhalten, das Hingehoffene und das Gleiten des Körpers interessiert uns, erfüllt die Schweden mehr als der eigentliche Tanz, der nur im nationalen Kolorit, in wirklich volkstümlicher nationaler Musik einwirkend bleibt. Wir suchen heute beim Ballett ganz anderes an emotionaler Körpergebärde, auch an technischem Können, am Schwaben, Lufthaftem, am Sprung über Erde und Wirklichkeit hinweg. Die Phantasie der Schweden ist nicht so bunt, aber sie ist rein und natürlich, kindhaft. Auch das sei uns willkommen, nicht als Erneuerung und Bereicherung moderner Tanzkunst, sondern als schöne Rückkehr zum alten Gemeinschaftstanz. Die Musik war gut, wo sie ganz Volkstanz blieb, monoton, als sie eigenartig modern wirken sollte. Der eine Rat soll zum Schluß nicht verschwiegen werden: Kürzung der Einzelakte. Die Darbietungen tranken an der Länge. S. S.

Eine Hauptstelle für praktische Psychologie wurde in Spandau in der früheren Pionierkaserne (Schönwalder Straße) mit der Unterstützung des Ministeriums des Innern geschaffen. Das Institut soll der Allgemeinheit für eine wissenschaftliche, kostenlose psychologische Beratung zur Verfügung stehen. Hand in Hand mit einigen Ärzten und Neurologen, die sich ehrenamtlich zur Mitarbeit bereit erklärten, wird eine auf die Ergebnisse der Fachpsychologie gestützte Untersuchung, Beratung und Behandlung erfolgen. Die Untersuchungen werden sich besonders auf das Gebiet der Berufsberatung und der wissenschaftlichen „Seelsorge“ erstrecken. Die Leitung hat Dr. R. W. Edukte, der durch seine berufspsychologischen Arbeiten sowie durch seine sportpsychologischen Untersuchungen bekannt ist und den Gedanken einer „psychologischen Charité“ bereits seit Jahren vertritt.

Spielplanänderung. Im Theater d. Königsgräber Straße ist die Uraufführung des Melodrams „Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreidler“ auf Montag verlegt worden.

Die Große Volkoper bringt am kommenden Sonntag nachmittags 7½ Uhr in der „Komischen Oper“ „Sodengrin“ zur Wiederholung. Melanie Kurt singt die Orlinda. Kobenzgrin: Kammerjäger Fritz Vogelstrom.

Prof. Arthur Treves (Karlsruhe) spricht am 3. Februar im Oberlichtsaal der Bühnenmonte 7½ Uhr über Rudolf Steiners Anthroposophie.

Niederländische Musikervereinigung. Zu dem am 13. 8 Uhr im Beethovenaal unter Mitwirkung von Minna Gel-Wilde (Gesang), Fred Brillen (Geige) und Kurt Schubert (Klavier) stattfindenden Konzert mit Werken von Arnold Schel sind Eintrittskarten zu 5 M. in der Bormärktbuchhandlung und bei Dorch, Engelster 5, erhältlich.

Kunstsalon Caffere. Die neue Anstaltung zeigt neben Werken von Liebermann, Eleogot, Corinthe, Trübner, Udde, Bleden, Feuerbach, Gail, Haller, Kolbe, Depos, Ganguin, Rouet, Renoir, Sisley, eine Reihe neuer Arbeiten von Hans Baurmann. Gleichzeitig sind in den Räumen des oberen Stockwerks Gemälde und Skulpturen deutscher, italienischer und niederländischer Meister des 14. bis 18. Jahrhunderts ausgestellt.

Eine brasilianische Spende für die deutsche Wissenschaft, bis auf Anregung des brasilianischen Schriftstellers Dr. Chateaubriand in ganz Brasilien für die notleidende deutsche Wissenschaft gesammelt wurde, ergab den Betrag von 4.650.000 Mark.

Ein neuer Komets wurde nach einer Mitteilung der Heidelberger Sternwarte am 28. Januar von dem Astronomen Reich in Südamerika entdeckt. Er wird bei uns wegen seiner schieben Stellung kaum zu beobachten sein.

Der Eisenbahnerstreik.

Die Ursachen.

Darüber schreibt man uns aus den Kreisen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer:

Tagespresse, Regierung und Reichstag nahmen Stellung zum drohenden Eisenbahnerstreik. Man erging sich in Mahnungen und Drohungen an die Eisenbahnbeamten, aber auf die wirklichen Ursachen der bei den Eisenbahnbeamten herrschenden verzweifelten Stimmung ging niemand ein. In erster Linie ist das völlig unzureichende Einkommen in den unteren und mittleren Befoldungsgruppen, das zum nackten Leben nicht ausreicht. Die Beamten der Befoldungsgruppe V (Reserve-Lokomotivführer, Reserve-Maschinenmeister — zum Lokomotivführer bzw. Maschinenmeister vollständig ausgebildete und in diesem Dienst verwendete Beamten —, Zugführer, Eisenbahnassistenten, Werkführer usw.) erhielten als Anfangsgehalt unter Anrechnung des höchsten Ortszuschlages der Klasse A ein monatliches Einkommen von etwa 1850 Mk. In Befoldungsgruppe IV erhalten z. B. die Obermaschinenisten, Drucker, Triebwagenführer, Betriebsassistenten usw. noch erheblich geringere Beträge, nämlich etwa 1500 bis 1700 Mk. im Monat. Jeder möge an seinem eigenen Einkommen und den unermesslich notwendigen Ausgaben bemessen, ob mit solchem Verdienst auszukommen ist.

Zu dieser drückenden Notlage kommt hinzu, daß das Eisenbahnministerium einen Arbeitszeitgesetzentwurf herausgebracht hat, durch den den Eisenbahnbeamten übermäßig lange und schwere Dienste auferlegt werden sollen. Die einzelnen Dienstschichten (bei Tag und Nacht) sollen bis zu 15 Stunden ausgedehnt werden können. Nachdienstleistungen dürfen bis siebenmal höher als die normalen zugeteilt werden. Bei besonderen Verhältnissen können die Amts- und Dienstvorschriften in den Anforderungen an die Betriebsbeamten über die gesetzlichen Grenzen hinausgehen. — Bei der Dienststelle abzuleistende „Dienstbereitschaft“ soll nur mit 20 bzw. 33% Proz. als Arbeitszeit angerechnet werden. — Die Wendezeiten auf den Umkehrstationen sollen ebenfalls nicht als Arbeitszeit gelten usw. Es liegt auf der Hand, daß durch ein derartiges Arbeitszeitgesetz die Eisenbahnbeamten über das physische und geistige Leistungsvermögen hinaus in Anspruch genommen werden, so daß die Betriebssicherheit zweifellos gefährdet wird. Neben der Eisenbahnbeamten drückenden Veranwortlichkeit ist es besonders auch die völlige Unregelmäßigkeit seines Dienstes (Tag- und Nachtdienst), die diesen so schwer und aufreibend macht. Die Dienstschicht kann aber verlangen, daß der Eisenbahnbeamte auf seinem Posten stets geistig und körperlich voll handlungsfähig ist. Es darf mit Recht verlangt werden, daß keine übermüdeten Betriebsbeamten im Dienst sind, in welchem durch sekundenschnelle Entscheidungen und Handlungen über Betriebssicherheit oder Betriebsunfall entschieden wird. Es ist leicht verständlich, daß ein derartiger Gesetzentwurf die ohnehin sehr erregten Gemüter der Eisenbahnbeamten noch mehr beunruhigt hat. Wo sich Hunger, Not, Kälte, drückende Verantwortung im Dienst, unangemessene persönliche Behandlung bei den Eisenbahnbeamten auswirken, da ist es leicht begreiflich, daß sie auf Erleichterung ihrer Lage hinarbeiten, und dabei notwendigermaßen auch starke Mittel anwenden müssen.

Der Eisenbahnbediensteten wird im allgemeinen zu gering eingeschätzt. Durch die gewissenhafte Pflichterfüllung der Eisenbahnbeamten hat sich bei den Reisenden ein hohes Gefühl der Sicherheit herausgebildet. Dies darf aber nicht zu einer falschen Beurteilung und unzulänglichen Bewertung dieser Dienstleistungen führen, besonders nicht, wenn es sich um die bringende notwendige Bezahlung, sowie um das zuzulassende Maß bei der Dienstzeitung handelt. Ueberdies kann auch durch ein angelegentliches, sachlich folgend konstruiertes Arbeitszeitgesetz für die Eisenbahner keine Ersparnis herausgewirtschaftet werden, denn z. B. die Wendezeiten auf den Umkehrstationen müssen von den Lokomotivpersonalen zur Ausführung der notwendigen Instandhaltungsarbeiten und Reparaturen verwendet werden. Geschieht dies nicht, dann sind die Lokomotiven nicht mehr betriebsfähig und die Reparaturkosten würden größer sein, als die beabsichtigte Ersparnis an „Arbeitszeit“.

Einer längeren Darstellung der Gründe des Streiks aus Beamtenkreisen entnehmen wir:

Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Existenz der Beamten der Gruppen 1 bis 6. Die Reichsregierung erklärte am 16. Dezember 1921, daß alle Beamte ohne Ausnahme nach einer bestimmten Probezeit unfähig angestellt würden. Die Beamten dieser Befoldungsgruppen aber, mit drei und mehr Dienstjahren bekommen jetzt Anstellungs- und Beförderungsurkunden, in denen eine vierwöchige Kündigungsfrist vorgesehen ist. Bis 31. März sollen 20 000 Kräfte entlassen werden. Darüber hinaus liegt dem Reichswirtschaftsrat eine Verordnung vor, um die schleunigste Entlassung weiterer Kräfte im weitestem Umfange durchzuführen. Die Beamtenkräfte werden damit in das Arbeitsverhältnis zurückgedrängt und das Beamtenverhältnis wird damit für Hunderttausende von Beamten der Befoldungsgruppen 1-6 illusorisch.

Das Arbeitszeitgesetz und das Eisenbahnfinanzgesetz werden als weitere Beweise dafür betrachtet. Hinzu kommt die Befürchtung einer Privatisierung der Eisenbahnen. Die Beamten haben sich bisher nur mit Rücksicht auf unfähige Anstellung in ihrer Lebenshaltung so eingeschränkt, daß ihr ganzes Dasein eine einzige Kette von Entbehrungen war. Verheiratete Eisenbahner der Befoldungsgruppe 3 mit 12 Dienstjahren beziehen heute insgesamt monatlich etwa 1300 Mk. Bahnwärter, Schrankenwärter, Streckenaufseher aber in den Gruppen 1 und 2 kommen nicht einmal auf diesen Einkommenssatz. Dabei ist ihr Dienst in den meisten Fällen wieder verlängert, mehr als jemals vor dem Kriege.

Was die Beamten der Gruppen 1 bis 7 aber ganz besonders erregt, ist der Umstand, daß sie grundsätzlich mit anderen Rängen gemessen wird als die höheren Gruppen. Im Gegensatz zu jenen haben sie eine angemessene Erhöhung ihrer Grundgehälter nicht erreicht. Dennoch wurden den oberen Gruppen durch die Ermäßigung des Lohnsteuerfußes Beträge von 3000 bis 18 000 Mk. geschenkt. Die Antwort des Finanzministers Hermes, eine angeblich vorübergehende Behandlung der Unterhändler der Beamten durch Ministerialdirektor Hühner und Ministerialrat Kühnemann, wird neben anderen mit als Ursache für die Erregung unter der unteren und mittleren Beamtenchaft aufgeführt.

Für die Beamten ist die Dienstverweigerung gewiß ein Gebot, der ihnen bisher sehr fern gelegen hat, und sie haben gehofft und sich bemüht, das Auserkiesene zu vermeiden. Sie sind sich dessen bewußt, was auf dem Spiele steht, und bedauern sehr, daß die Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen ist — aber... sie verteidigen ihre Beamten eigeenschaft, die ihnen ohne den Kampf ganz sicher genommen wird...

Eine Erklärung der Streikleitung.

In einem Aufruf der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter werden die Gründe für den Streik angeführt: 1. Die unteren Gruppen unserer Kollegen sind wirtschaftlich zusammengebrochen, infolge ungenügender Bezahlung. Trotz schwerster Tag- und Nachtdienstleistungen, trotz Sonn- und Feiertagsdienst, stehen ganze Gruppen weit unter dem Existenzminimum. 2. Man will uns durch ein Sondergesetz des Arbeitszeitgesetzes zum Preisgeben des Rückstands...

arbeitstages zwingen. Unsere hierzu gestellten, der Verwaltung weit entgegenkommenden, Anträge wurden statt abgelehnt. Auf unsere an die Regierung gerichtete Eingabe würdigt man uns keiner Antwort. Inzwischen werden Dienstpläne eingeführt, die alle Errungenschaften der Umwälzung vollständig beseitigen und uns noch unter die rechtlosen Zustände der Vorkriegszeit hinhabbringen.

Der zweite Vorsitzende der Reichsgewerkschaft verhaftet.

Am Donnerstag ist, wie BS. erfährt, auch der zweite Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, Thieme, von Beamten der Abteilung IA des Polizeipräsidiums verhaftet worden, als er das Gebäude der Deutschen Bank betrat.

Die Lage im Reich.

Nach einem allgemeinen Ueberblick über die Streiklage im Reich ist im Laufe des 2. Februar in fast sämtlichen Bezirken Norddeutschlands das Lokomotivpersonal fast vollständig, das Zugbegleitpersonal dagegen nur zum Teil in den Ausstand getreten. Die Eisenbahnverwaltung hat im Laufe des 2. Februar den Verkehr zunächst nur vereinzelt aufgenommen, weil ein zuverlässiger Ueberblick über das dienstbereite Personal erst gewonnen werden mußte. Von Berlin aus sind einzelne Personenzüge und vereinzelt Vortriebe abgefertigt worden. Der lebenswichtige Güterverkehr, insbesondere Viehzüge, Milchzüge usw., wird von den Eisenbahndirektionen soweit wie möglich durchgeführt. In welchem Umfang es gelingen wird, am Abend des 2. und im Laufe des 3. Februar mit Hilfe der Technischen Nothilfe, arbeitswilligen Bediensteten, Ingenieuren und höheren Beamten einen Notbetrieb für lebenswichtigen Güter- und dringenden Personenverkehr durchzuführen, läßt sich noch nicht übersehen. Es wird auch versucht, durch Heranziehung arbeitswilligen Personals von anderen Stellen diesen Notbetrieb zu sichern. Auch an einzelnen Stellen Norddeutschlands wird sogar vom Lokomotivpersonal der Streik abgelehnt. Nach Meldungen, die im Verlauf des 2. Februar eingegangen sind, trifft dies für Halle, Sagan, Rastburg, Krefeld zu. Die Arbeiterchaft hält sich ebenfalls dem Streik fern und befolgt die von den Zentralvorständen herausgegebenen Erklärungen und Weisungen. Nachrichten über Gewaltakte der Streikenden sind bisher nicht eingelaufen.

In Berlin machen sich die Verkehrsstörungen sehr bemerkbar. Infolge der Unterbrechung des Stadt- und Vorortbahnverkehrs werden Straßenbahnen, Omnibusse und die Hochbahn vom Publikum bis zur äußersten Ueberfüllung der Wagen in Anspruch genommen.

Die Verkehrslage in Berlin.

Die Berliner Bahnhöfe waren gestern Abend in tiefster Dunkel gehüllt. Vereinzelt versuchten noch Reisende einen „leicht doch noch“ tausenden Zug zu erreichen. Dieses Bild zeigte sich besonders auf dem Anhalter Bahnhof. Der Potsdamer Bahnhof hatte seine Pforten überhaupt geschlossen, ebenso die Wanneseebahn. Am Potsdamer Platz herrschte reges Leben. Straßenbahnen und Untergrundbahnen nach den Außenbezirken waren überfüllt. Einjam und verlassen lag auch der Bahnhof Friedrichstraße da. Sämtliche Zugänge waren gesperrt. Das gleiche Bild boten die anderen Bahnhöfe im Berliner Weichbild.

Der Güterverkehr.

ruhte während des ganzen Tages vollständig. Man glaubt bereits im Laufe der Nacht mit Hilfe der Technischen Nothilfe einen Notbetrieb einrichten zu können, um die notwendigen Lebensmittel sowie Kohlen heranzuschaffen. Die polizeiliche Besetzung der Bahnhöfe wird weiter aufrechterhalten. Jergendwelche Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Durch die Stilllegung des Bahnverkehrs ist auch Potsdam von Berlin abgeschnitten. Vereinzelt wurden Fuhrturen nach Berlin unternommen. Die Verbindungsmöglichkeit mit Berlin will die Post durch einen Kraftwagen ab Posthof am 4/8 und 9 Uhr vormittags nach Groß-Blickersee notwendig wiederherstellen.

Mit dem letzten Zug aus Stettin!

Ein Mitglied unserer Redaktion fuhr am Mittwoch nachmittag zu einem Vortrag nach Stettin. Die Rückfahrt von dort nach Ausbruch des Streiks wird von ihm nachstehend geschildert: In Stettin hat der Bahnhof am Abend noch das übliche Bild. Reiner der Eisenbahner, ob Schaffner, Wagenwärter, Kofferer oder Portier, die man ansprach, wußten über den Streikausbruch mehr als die Zeitungen gemeldet hatten.

Am Donnerstag morgen war das Bild ganz anders: Sämtliche Schalter geschlossen, der Bahnsteig gesperrt, jeder Eisenbahner gibt Auskunft: es wird gestreikt.

Der erste Berliner Personenzug ist schon ausgefallen. Der zweite, ein beschleunigter, sogenannter Express, läßt auf sich warten. Niemand weiß, ob er kommt, bis der Eisenbahntelegroph rückt und meldet, daß der Zug eine Berliner Lokomotive habe und deswegen auf dem Wege sei. Der Zug kommt wirklich. An der Lokomotive bildet sich ein kleiner Anhauf Disputierender. Ueber den schwarzen Hüten leuchtet eine rote Mütze. Mit dem Güzug ist es auf jeden Fall zu Ende. Ueber der Berliner Lokomotivführer ist gemüht, er nimmt ein paar Wagen mit und läßt sogar vierte Klasse anhängen. Er will als Lumpensammler auf dem Wege nach Berlin auf jeder Station halten und mitnehmen, was herumsteht.

Der Außenbahnhof Stettins ist tot. Auf der Strecke trifft man keinen entgegenkommenden Zug, nicht eine Lokomotive. Müritzer gibt es einigen Aufenthalt. Der fremde Lokomotivführer läßt seine Maschine abhängen und rangiert rasch noch ein paar Güterwagen auf das Verladegleise. Dann kommt er zurück. Man merkt, es ist wirklich da vorn ein anständiger Kerl. Er holt nämlich auch bei der Heizung des Abteils gleich wieder nach, was während seines Ranoierens an Temperatur verlorengegangen ist.

So ungefähr in der fünften Fahrstunde nähert man sich Berlin. Aus zwei und vier Paar Gleisen werden zehn und zwanzig Boare. Aber alles ist tot und still. Im frühen Morgen muß Schnee gefallen sein. Er hat lebende Güterzüge und Personenwagen mit einer ungeschuldsvollen Decke eingehüllt. Auf dem Stettiner Bahnhof werden die Umklecklinge von denen, die nicht abreisen können, eingermaßen verwundert und neidisch zugleich betrachtet.

In die weite Halle marschieren eben eine Abteilung Sipo. Die Schalter sind sämtlich geschlossen. Einige Gepäckträger stehen noch herum. Der letzte Zug ist angekommen. Jetzt ist der Streik vollständig.

Verbot eines kommunikativen Klusses. Die gefürigte Nummer der Stuttgarter „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ ist wegen Ausrückens der Eisenbahner zum Streik auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar beschlagnahmt worden.

Belgien und die Vamen. „Moniteur Belge“ hat nunmehr ein Gesetz veröffentlicht, das das sogenannte Zwelersystem in den Ministerien einführt. Hierdurch wird bestimmt, daß in jedem Ministerium Beamte vorhanden sein müssen, die die olamische Sprache beherrschen.

Gewerkschaftsbewegung

Um den städtischen Manteltarif.

Zur Stellungnahme der Gemeindearbeiter erklärt der Magistrat unter anderem: Der von der Stadtvorordnetenversammlung als Einigungsamt eingesetzte Ausschuss von 8 Magistratsmitgliedern und 17 Stadtvorordneten hatte die Verhandlungen über die städtischen Punkte auf Freitag vormittag verlegt, ohne daß ein Widerspruch seitens der Vertragsverbände zunächst erfolgte. Während aber das Einigungsamt noch verhandelte, hatten die Tarifverbände sich bereits mit dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin in Verbindung gesetzt und haben nunmehr erklärt, daß sie die Verhandlungen vor dem Einigungsamt abbrechen. Ein Grund für diese ihre Haltung liegt nicht vor, da sie in jedem Fall die Pflicht gehabt hätten, die Entscheidung des von ihnen selbst angerufenen Einigungsamtes abzuwarten. Der Magistrat hat nunmehr den Reichsarbeitsminister um seine Vermittlung gebeten. Die Verhandlungen sollen deshalb im Laufe des heutigen Freitag stattfinden. Das Verhalten des Magistrats sei also völlig korrekt, und den Tarifverbänden sei kein Grund zum Abbruch der Verhandlungen gegeben.

Die Buchdrucker zum neuen Lohnabkommen.

Die Funktionäre des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer nahmen Mittwoch in den Andread-Bezirk eine Stellung zum neuen Lohnabkommen. Kollege Albrecht gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen in Leipzig, wobei er im besonderen auf die großen Schwierigkeiten hinwies, die bei den diesmaligen Verhandlungen zu überwinden waren. Es galt mit aller Energie den festen Standpunkt der Unternehmer zu brechen, die mit gebundenem Mandat nach Leipzig gekommen waren, umzeit nicht einen Pfennig Lohnerböschung zu bewilligen. Schon am ersten Verhandlungstage waren die Beratungen auf dem toten Punkt angelangt. In diesem Verhandeln mußten die Unternehmer ihre ablehnende Haltung aufgeben und es kam zu den Lohnvereinbarungen, wie sie in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ veröffentlicht wurden. Albrecht beipflichtet dann die übrigen Tagesordnungspunkte der Tarifausdehnung und empfahl das Abkommen — so mager und ungenügend es auch sei — anzunehmen.

In etwa dreihundert Diskussion brachten wohl alle Redner ihre Unzufriedenheit über die neuen Löhne zum Ausdruck. Heftige Anklagen wurden gegen die Unternehmer erhoben, die so wenig soziales Verständnis für die Notlage ihrer Arbeiter besäßen. Schmit beurteilt wurde, daß das Lohnabkommen bis 31. März gelten solle. Im Laufe der Debatte wurden drei Resolutionen eingebracht, von denen zwei die Ablehnung des Abkommens forderten und die dritte die Annahme des Abkommens empfahl, den Verhandlungsstand jedoch aufforderte, zum 1. März neue Verhandlungen zu erzwängen. Nachdem wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Verhandlungsergebnisse für ganz selbstverständlich hätte, neue Verhandlungen anzufangen, wenn die Verhältnisse sich wesentlich ändern, wurde die eine Resolution ausgedrückt und die beiden anderen wurden abgelehnt.

Tamit haben sich die Funktionäre mit Weisheit hinter ihre Organisationsleitung gestellt und erwarteten von dieser, zu gebührender Zeit für eine Besserung ihrer Lebenslage einzutreten.

Die Lohnbewegung in der Metallindustrie.

Nachdem die Arbeitgeber abgelehnt haben, für Januar eine Erhöhung der bisherigen Einkommen ihrer Angestellten zu bewilligen, hat der Afa-Bund das Reichsarbeitsministerium als Schlichtungsinstitution angerufen. Verhandlungen finden heute statt. Der Zentralverband der Angestellten hat für Sonntag 10 Uhr nach dem Neuen Philharmonie, Lindenstr. 66, 7, für sämtliche kaufmännischen Angestellten der Metallindustrie eine öffentliche Versammlung einberufen, in der die Bekanntgabe des Schiedsrechtes des Reichsarbeitsministeriums erfolgen soll. Zu der gleichen Zeit halten die beiden anderen Afa-Verbände ebenfalls Versammlungen ab, die sich mit der gleichen Materie beschäftigen. Der Deutsche Metallarbeiterverband tagt im Kriegervereinsbau, Chausseestr. 64 (9 Uhr), der Bund der technischen Angestellten und Beamten versammelt seine Kollegen in der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 126. Es referieren die Kollegen Günther, Rotke, Schmidt, Schweitzer, Wiegand-Galle.

Büglerstreik in der Damenkonfektion.

Die im Deutschen Felleisungsarbeiter-Verband organisierten Bügler der Damenkonfektion trafen am Dienstag in den Sophienanlagen eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Pavemann gab eine Ueberblick über die Mißstände in diesem Beruf. Er stellte fest, daß dies Durcheinander nur geändert werden kann, wenn auch für diese Branche ein Tarif geschaffen wird. Dies kann aber nicht von Außenstehenden geschehen, sondern die Verantwortlichen müssen selber darauf hinwirken. Den Arbeitgebern muß bearezlich gemacht werden, daß auch die Stillbügler eine tarifliche Regelung ihres Lohnes haben müssen. Jeder Kollege soll sich darüber klar sein, daß der Einzelne nichts ausrichten kann, sondern nur durch Zusammenarbeit in der Organisation etwas erreicht werden kann. Die Bügler haben ferner damit zu rechnen, daß auch ein Kampf für ihre gerechte Forderung nicht ausgeschlossen ist. Daher sei die Einheit in dieser Branche eine Notwendigkeit.

In der Diskussion stellten sich alle Kollegen auf den Standpunkt des Referenten und hoben mit Hochdruck hervor, daß alle gewillt seien, hinter dieser Forderung zu stehen. In geheimer Abstimmung wurde beschlossen, sofort in den Streik zu treten und an die Arbeitgeberverbände zwecks Verhandlungen heranzutreten. Die Streiklokale sind: Wedding: Pankowstr. 3 bei Hensel, Norden: Stargarder Str. 3 bei Blesing, Osten: Samariterstr. 12 bei Reumann, Krefeldstr.: Hermannstr. 11 bei Flemming, Zentrum: Kommandantenstr. 88 bei Dingemach. In diesen Lokalen wollen sich alle streikenden Kollegen sofort einfinden.

SPD-Holzarbeiter. Sonntag, 5. Februar, in den Musikerkäfen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31: Versammlung für alle auf dem Boden der SPD. stehenden Holzarbeiter. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und der Friedensvertrag. Referent: Genosse Alexander Knoll vom UGB. Es ist Pflicht aller Anhänger der SPD., in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Bezirksverband der SPD.

Arbeitsaufnahme im Augsburger Textilgewerbe. Nach mehrwöchigem Kampf im Augsburger Textilgewerbe ist eine Einigung zustande gekommen.

Die Löhnung für die streikende Belegschaft der Dinowerte findet heute ab 2 Uhr wie üblich statt.

Wärter, Betriebsräte und Funktionäre des Betriebs des Arbeitgebersverbandes für Felumehantil und Optil, G. B., heute abend 6 Uhr im Verbandslokal des D. R. A. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Die Ortsverwaltung, D. R. A. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Verband der Buchbinder und Papiererzeugnisse. Freitag nachmittag 5 Uhr bei Boer, Weidstr. 17. Delegiertenversammlung der Guts- und Kartonagenarbeiter und -arbeiterinnen. Bericht von den Berliner Verhandlungen. Vertrauensmännerversammlung der Reichsarbeiter- und Galanteriearbeiter und -arbeiterinnen. Nachmittags 5 Uhr im Alexanderplatz, Alexanderplatzstr. 11. Bericht von den Frankfurter Verhandlungen. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Stilles. Exportierer- und Importiererverband, Weisheitsstraße. Freitag, den 5. Februar, nachm. 5 Uhr, im Alexanderplatz, Alexanderplatzstr. 11. Versammlung aller Vertrauensmänner.

Zentralverband der Schuhmacher. Sonnabend vormittag 9 Uhr Versammlung aller streikenden Kollegen der Reparaturbranche im Arbeiterhof, Auguststr. 24-25.

Der Streit um die Tarifierhöhungen.

In der Stadtverordnetenversammlung gab es wieder die bekannten erregten Debatten, in die auch die Tribüne durch Zwischenrufe häufig eingriff. Die USV brachte einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Zurücknahme des Erlasses des Reichspräsidenten usw. verlangte. Oberbürgermeister Böhm erklärte auf eine Anfrage der USV, daß der Magistrat sich selbstverständlich für verpflichtet gehalten habe, in dieser Angelegenheit alles zu tun, was in seinen Kräften stand. Er sei mit dem Reichsverkehrsminister in Verbindung getreten, und dieser habe ihm versichert, daß für die nächsten Tage keine Schwierigkeiten in der Lebensmittel-, Zufuhr und Kohlenversorgung Berlins zu befürchten wären. Nach einer Magistratsrede soll die Stundenzulage für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Güter- und Fortbewegung ab 1. Oktober 1921 für Deputierten 90 Pf. und für Frei-arbeiter 130 M. betragen. Die Beratung über diese Vorlage wurde abgebrochen, um Zeit für die Beratung der Deckungsvorlage zu gewinnen. Dr. Wehl (U. Sos.) und Koch (Dnat.) forder-ten Vertagung, weil infolge der großen Verkehrsschwierigkeiten alle Fraktionen große Mühen aufwiesen. Kammerer Dr. Karbing warnte davor, die Vorlage zum Prinzip zu erheben, wenn man nicht die städtische Verwaltung ruinieren wolle. Stadtrat Kähler erklärte, daß ohne Tarifierhöhung der Verkehr verkleinert und die unrentablen Linien sofort eingestellt werden müßten. Im Laufe der weiteren Beratung verließen die Deutschnationalen die Sitzung. Bohmann (Sos.) stimmte der Deckungsvorlage im Interesse der Allgemeinheit zu und erklärte, daß die Politik der Kommunisten nur Helfer auf die Mühen der Freunde eines kommunalen oder sozialisierten Betriebes seien. Wir dürfen keine Katastrophenspolitik treiben.

In einer 1 1/2stündigen Rede lehnte der Kommunist Schwent natürlich die Deckung ab, forderte dafür aber, daß die Gaspreise für Bezücker von unter 20000 M. Einkommen auf die Hälfte ermäßigt werden sollten. Abschließend erhielt der Unabhängige Ulrich das Wort, der bei Schluß des Blattes noch weiter sprach, so daß das Ergebnis der Beratungen erst heute abend mitgeteilt werden kann.

Stoßung der Milchversorgung.

Das Ernährungsamt (Milchamt) der Stadt Berlin teilt folgendes mit: Infolge des Eisenbahnstreikes beginnt die Milchversorgung bereits zu stoßen. Milchwaggons sind von den Kleinbahnen auf Staatsbahnen nicht mehr übernommen worden. Milchzüge sind auf der Staatsbahn angehalten worden. Infolgedessen muß die Belieferung der Karteninhaber von 8. Februar d. J. ab wie folgt festgesetzt werden: In den Milchgebieten auf A-Karten für Kinder im ersten Lebensjahre 1/2 Liter, auf A II-Karten für Kinder im zweiten Lebensjahre 1/2 Liter, auf B-Karten für Kinder im dritten und vierten Lebensjahre 1/2 Liter, auf A-Karten für werdende Mütter 1/2 Liter. Die Belieferung der Kartenkunden der abmellbewirtschafteten Molkereien bleibt wie bisher bestehen. Eine Lieferung freier Milch an die Gebildeten kann bis auf weiteres nicht mehr erfolgen. Es wird schon jetzt besonders darauf aufmerksam gemacht, daß auch wenn der Streik abgebrochen wird, bis zur völlig normalen Milchversorgung eine gewisse Zeit verstreichen wird, weil infolge des Streikes der Umlauf der Transportfahrzeuge usw. überaus stark behindert wird.

Die Eisenbahndirektion Berlin teilt folgendes mit: Die Milchzufuhr nach Berlin hat heute, am ersten Streiktag, im allgemeinen glatt durchgeführt werden können. Um die weitere Zufuhr sicherzustellen, sind die Versandverwaltungen wiederholt ersucht worden, die Milch, soweit irgend möglich, zu befördern. Vorkaufsrecht werden im Benehmen mit dem städtischen Milchamt und dem Kraftverkehr Marken Pläne aufgestellt, um nötigenfalls die Kinder- und Krankenmilch in Lastkraftwagen nach Berlin zu bringen.

Bestechliche Wohnungsbeamte.

Gefängnisstrafen für Vorstehenden und Beisitzer.

Eine Anklage wegen Bestechung führte den Vorstehenden, die zwei Beisitzer und den Protokollführer eines Mieteinigungsamtes vor die Strafkammer des Landgerichts II, nämlich den Regierungsrat, früheren Rechtsanwalt Heßler als stellvertretenden Vorstehenden des Mieteinigungsamtes 2, den Architekten Boeff und den Rentner Gustav Rimssee als Beisitzer und den Sekretär Indermann als Protokollführer.

Der Architekt Franz Kemnitz hatte bei dem Mieteinigungsamt Schritte getan, um für seine äußerst wertvollen zwei Grund-

stücke Bellevuestr. 6 und Potsdamer Str. 96 einen Zuschlag auf die Grundmieten durchzusetzen, und erhielt von dem Angeklagten Heßler dessen juristische Überzeugung dahin ausgedrückt, daß auch bei laufenden Mietverträgen ein solcher Zuschlag auf die Grundmieten möglich sei. Gleichzeitig wurde ihm in der betreffenden Sitzung des Mieteinigungsamtes bedeutet, daß es nötig sein würde, Sachverständige zu vernehmen und daß dies Geld kosten würde. Mit Erstattung dieser Gutachten wurden die beiden Beisitzer betraut, und Kemnitz zahlte sofort die ihm auf 1 Proz. pro Mille berechnete Summe von 5500 M. Ueber den ganzen Vorgang ist in dem Sitzungsprotokoll nichts vermerkt. Später sah Herr Kemnitz ein, daß er sein Geld unnütz ausgegeben hatte, denn in-

Allgem. Funktionärversammlung SPD.

Freitag, den 3. Februar, abends 7 Uhr, in den Zentraltheater - Festhale, Alte Jakobstr. 32. Tagesordnung: „Auswärtige Politik und Steuerkompromiß“ Referent: Eduard Bernstein. Zutritt haben nur Funktionäre mit Ausweis vom Jahre 1922. Der Bezirksvorstand.

zwischen hatte sich die juristische Ansicht des Vorsitzenden Heßler geändert, und so verlangte er in einem Schreiben sein Geld zurück. Dadurch kam die Sache ins Rollen. Heßler schickte ihm das Geld zurück, wobei er noch persönliche Opfer bringen mußte, denn der Angekl. Rimssee weigerte sich, seinen Anteil zurückzugeben, da er es für sein gutes Recht ansah, für einen zweimonatigen Fristtermin und seine geschäftliche Arbeit eine Gebühr in solcher Höhe zu verlangen. Im Termin vertrat die Angeklagten den Standpunkt, daß sie sich eines Unrechtes nicht bewußt gemessen seien, da auch in anderen Einigungsämtern solche Gebührenzahlungen in ähnlichen Fällen üblich gewesen seien. Angekl. Heßler gab zu, daß er die Intarrettheit des ganzen Vorgehens leider erst zu spät eingesehen habe, bestritt aber, sich strafbar gemacht zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Heßler zwei Wochen, gegen die beiden Beisitzer je eine Woche Gefängnis und gegen den noch jugendlichen Ingermann 100 M. Geldstrafe.

Das Gericht verurteilte Ingermann zu 300 M. Geldstrafe, Heßler zu zwei Wochen, die beiden Beisitzer zu je einer Woche Gefängnis und erkannte auf Einziehung des Bestechungsgeldes. Den zu Gefängnis Verurteilten wurde eine Bewährungsfrist bewilligt unter der Bedingung, daß bis zu einem bestimmten Termin Heßler eine Buße von 5000 M., die beiden anderen eine solche von je 3000 M. zahlen.

Städtische Kunst- und Bekleidungsstelle in Neukölln. Die von der Bezirksversammlung Neukölln im alten Rathaus, Berlinstraße 63/64, 1. Trepp. Zimmer 110, eingerichtete Bekleidungsstelle ist an jedem Donnerstagnachmittag von 5-7 Uhr geöffnet. Es sind in diesen Stunden Bezirksverordnete anwesend, um Beschwerden und Wünsche der Einwohnerschaft entgegenzunehmen. Die Stelle ist außerdem an sämtlichen Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleische ausreichend, Geschäft etwas reger. Fleisch über Bedarf, Geschäft ruhig. Obst und Gemüse schwach, Geschäft flau.

Am gestrigen Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhändlerpreise:

- Zander 24-26 M. Hechte wurden mit 26-28 M. angeboten.
Ei 18 M. und Plötzen 14 M. das Pfund.
Schlei standen auf 28 M.
Hammelfleisch 15-17 M. Rindfleisch 18-19 M. Schweinefleisch 12-14 M. das Pfund.
Schweinekamm 24 M. Rinderbrust 22 M. Kalbfleisch ohne Knochen 17 M.
Kalkül 5-6,25 M. und Wringkohl 3,50-4 M. das Pfund.
Werkohl 2,50-3,25 M.
Mehrröhren stiegen bis auf 2,50 M.
Gänse 25-28 M. Puten 24-26 M.
Hasen standen mit 13 und 14 M. ausgezeichnet.
Gänseküchle ohne Magen 12 M.
Tilster Käse 27-28 M. das Pfund.
Holländer 20 M. und Schweizer 22 M.
Naturbutter 42-45 M. Margarine 23, 25 und 30 M.
Schweinefleisch 31 M. und Glasessenz 45 M.
Eier bleiben aus.
Kaffee 44-54 M. das Pfund.
Gerstentkaffee 8 M. und Kirschkaffee 7 M.
Handnudeln 9,50 M. Eierladennudeln 14 M.
Auszugmehl 4,50 M. und Kartoffelmehl 12 M.
Zwiebels 2,80-3 M.

Der Indermord vor Gericht.

Der Plan der Ehefrau.

In der Verhandlung wegen der Ermordung des Inder Singh erzählte der Angeklagte Arnold sein erstes Zusammentreffen mit Frau Singh im Freibad Grünau. Sie hatte ihn mit einem Bild angesehen, den er nicht wieder los wurde. Sein mit ihm habender Freund sagte gleich scherzend zu ihm: „Das ist die Diebe auf dem ersten Bild“. Es kam dann zu einer Annäherung. In einem Briefe, in dem Frau Singh viel über ihre unglückliche Ehe und ihren Widerwillen gegen ihren Chemann klagte, stand u. a. der Satz: „Mag, erlöse mich doch von ihm“. Er will das so aufgefaßt haben, daß sie ihn bewegen wollte, sie zu sich zu nehmen, was aber nicht anging.

Am 11. Januar starb Arnolds Mutter. Frau Singh schrieb ihm einen Kondolenzbrief und bestellte ihn zu einem Rendezvous auf den 13. Januar. Bei dieser Gelegenheit brachte sie den Plan zur Sprache, daß er nächstlicherweile einsteigen sollte; sie würde im Vorzimmer schlafen, er sollte dann sie und dann den alleinstehenden Singh mit Kether betäuben und ihm die Papiere wegnehmen. Er will sich dann nach mehrmaliger Anregung in den folgenden Tagen auch dazu bereit erklärt und Kether besorgt haben. Der Angeklagte schübert dann sein Eindringen in die Kellerische Wohnung ähnlich so, wie die Anklage festgestellt hat. Er behauptet, daß Singh plötzlich erwacht sei, ihn an die Kehle gepackt habe, und da habe er mehrmals auf Singh eingeschlagen, doch habe er nicht die Absicht gehabt, den Inder zu töten. Er wisse nicht, warum er die Papiere des Singh nicht mitgenommen, was ja der angebliche Zweck der Tat gewesen sein soll, sondern auf die Erde zerstreut habe. Daß Singh tot war, habe er nicht gemerkt.

Die Vernehmung des Angeklagten wird am Freitag fortgesetzt.

Wieder Privatposten?

Die Wiedergulassung der Privatpostanstalten für den Ostber-berk verlangt der Deutsche Industrie- und Handelsklub. Die Reichspost werde dadurch nicht geschädigt, da ihr aus dem Privatpostverkehr ohnehin keine erheblichen Einnahmen mehr zuzufießen. Es hätte aber keinen Zweck, ein Monopol für die Reichspostverwaltung aufrecht zu erhalten, zu deren Ausübung diese selbst nicht fähig ist und das lediglich dazu dient, die erheblich billigere Beförderung des Ortsverkehrs durch Privatpostanstalten zu verhindern. Es ergibt sich hier eine ähnliche Entwicklung wie bei der Straßen- und Untergrundbahn, die man in den Gemeindefetrieb übergeführt hat und jetzt wieder Privatgesellschaften zurückgeben will.

Wie aus Klägern Angeklagte wurden. Einen unerwarteten Ausgang hatte eine Strafanzeige, welche von Wettern gegen Buchmacher erstattet worden ist. Die Kaufleute Stein und Müller hatten durch einen Vermittler bei dem Buchmacher Krüschow Wettern über Pferderrennen angelegt und waren bei An-zahlung der Gewinne in Differenzen geraten. Um zu ihrem Geld zu kommen, erstatteten sie gegen Krüschow Anzeige wegen Buchmachens. Der Erfolg war jedoch anders, als sie erwartet hatten, da nun gegen sämtliche Beteiligte Strafbefehle ergingen, und zwar gegen den Buchmacher und Vermittler auf Gefängnis, gegen die Wetter auf Geldstrafe. Das Schöffengericht Schöneberg kam auch tatsächlich zur Beurteilung sämtlicher Angeklagten zu Geldstrafen von 200 bis 1500 M., da der Wetter nach dem neuen Glücksspielgesetz in gleicher Weise gegen das Gesetz verstößt wie der Buchmacher.

Neue Erhöhung der Bekleidungspreise. Das Kohlenamt teilt mit: Durch die ab 1. d. M. erfolgte Erhöhung des Produktionspreises und die mit Wirkung vom gleichen Tage in Kraft getretene 33% prozentige Steigerung der Bahnfrachten ist eine entsprechende Erhöhung für Erzeis erforderlich geworden. Diese beträgt demnach ab 2. d. M. für Röhren- und Ofenbrand 1. ab Lager 60,50 M. je Zentner, 2. frei Erdgasloch oder Keller 51,50 M. je Zentner; bei weiterer Lieferung an das Kleinergewerbe, Rentierbeizungsanlagen usw. 1. ab Lager 60,50 M., 2. frei Erdgasloch oder Keller 51,45 M.

Arbeiterport.

Kreis Turnerklub Groß-Berlin. Sonnabend 8 Uhr Vorkonferenz der Kerngruppe in Zeitzing, Keller-Bühnen-Gie. - Sonntag vorm. 9 Uhr Konferenz zum Forderklub für Turner und Leichtathleten Turnklub Schönefelder Straße 1. - Bezirk Köpenick. Sonntag: Bezirksversammlung in Kommerzienhof, Schönefelder Straße, abends 8 Uhr.

Wetter bis Sonnabend mittags. Hiemlich mild, überlegen trüb mit Niederschlägen und aufziehenden Wolkendeckelungen bis überhöhten Winden.

Lebensmittel

Eisbeine 11⁵⁰ (gepökelt) Pfund
Kaffee 21⁰⁰ 24⁰⁰ frisch gebrannt 1/2 Pfund

Table with 4 columns: Frisches Fleisch (Suppenfleisch, Schmorfleisch, Kalb-Vorderfleisch, Kalbs-Keule, Hammelfleisch, Hammel-Keule, Schweinefleisch, Gehacktes), Margarine, Speisefett, Rindertalg, Pflaumenmus, Marmelade, Monopol-Brannweine (Kümmel, Klaiter, Aquavil), Weizenmehl, Tafelreis, Bandnudeln, Weiße Bohnen, Gerste (gebrannt), Stonsdorfer, Henriof Weinbrand, Salzheringe groß, Grüne Heringe, Camembert, Harzer Käse, Brie-Käse, Quadraikäse, Romadour, Wurstwaren (Rotwurst, Leberwurst, Landleberwurst, Jagdwurst, Grobe Mettwurst, Schinkenspeck, Leberwurst, Rotwurst).

Weisse Woche
Louisiana Deckbettbreite Meter 39⁵⁰
Körperbarchent gebleicht ... Meter 22⁰⁰
Sportflanell schöne Streifen .. Meter 24⁵⁰
Mengenabgabe vorbehalten

Jandorf

Belle-Alliance-Str. St. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuscher Damm Wilmersdorfer Str.

REINER WEINBRAND IN FRIEDENSQUALITÄT MARKE:

Goldstück

J. STÜCK-NCH.F.A.G. WEINBRENNEREIEN HANAU 1/M.

Jac. Stöck Nachf. A.-G., Zweig Niederlassung Berlin O 24, Kominternstr. 43. Telefon: Köpenickstadt 292.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus & Sinfonie-Konzert
Schauspielhaus König Richard III.
Deutsch. Theat. Caesar und Kleopatra

Kammerspiele
Gr. Schauspielh.
Kleines Theater

Königgrätz St.
D. wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler

Komödienhaus
Karussell
Berliner Th.

Prinzessin Olala
Der Herr der Welt

Der Ring
Der Werwolf

Die Straßensängerin
Königin d. Nacht

Die Liebeskanapee
Die falsche Nummer

Apollo-Theater
Die Ausstattungs-Varieté-Schau

Rund um die Welt!
10 Akte in verschiedenen Ländern

Residenz-Theat
Eine Frau ohne Bedeutung

Trianon-Theat
Elga

Russ.-Deutsch. Theater
Der blaue Vogel

Internat. Varieté

Passage-Theater

Prinz und Tänzerin
Garben als Lebensretter

Casino-Theater
Familie Gäuseklein

Circus Busch
Martha Mohrke

Metropol Varieté
Elsa Krüger

Admirals-Palast
Futuristisch. Karneval

FOLIES CAPRICE
D. Liebeskanapee

Apollo-Theater
Die Ausstattungs-Varieté-Schau

Rund um die Welt!
10 Akte in verschiedenen Ländern

Residenz-Theat
Eine Frau ohne Bedeutung

Trianon-Theat
Elga

Russ.-Deutsch. Theater
Der blaue Vogel

Internat. Varieté

Neue Welt

Boeckbier-Fest
Großer Ball

Wintergarten
Reines Varieté-Programm

Elite-Sänger
A. Damitt

BTL
Se. Exzellenz von Madagaskar

Günstige Angebote
A. Klass & Co.

!! Schoko'aden !!

Edelsteine

Verkäufe

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

HANSOM BAROCK DOMANE
Die bevorzugteste Zigarette
Die hochwertigste aromatische Zigarette
Die grösste und qualitätsreichste Zigarette

BIBLIOTHEK DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
Nr. 23
Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale
(Moskau 22. Juni bis 12. Juli 1921)

GARDINEN
Einzelverkauf v. Erzeugnissen erster sächsischer Gardinenfabriken
Zur Weißen Woche

Arbeitsmarkt
Schraubendreherinnen
Der „Sozialdem. Parlamentsdienst“
Tüchtige Drucker-Pollerer u. Drucker-Pollererinnen
Botenfrauen u. Männer